

**RELIGION IST PRIVATSACHE**

MOTORRADFAHRERWASSERSPORTLERWELTREISENDERDIGITALLABORIGINEEFREELANCER

Wir PIRATEN erkennen und achten die Bedeutung, die individuell gelebte Religiosität für den einzelnen Menschen erlangen kann und stehen für eine offene, freie und pluralistische Gesellschaft ein, in der verschiedene Weltanschauungen und Religionen friedlich gemeinsam leben können. Gleichzeitig befürworten wir die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen und möchten die Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften abbauen. Der staatliche Einzug von Kirchenbeiträgen und die Sonderstellung der Kirchen im Arbeitsrecht sind nicht gerechtfertigt. Die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen muss beendet werden. Der gesamte Bildungsbereich muss weltanschaulich neutral sein.

**FRANK RÖDER**

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG, WAHLKREIS 81

**KEIN MENSCH IST ILLEGAL**

SYNCHRONSPRECHERINPUNKROCKSÄNGERINREISENDE(VORZUGSWEISEAUFSEGELSCHIFFEN)

Wir PIRATEN setzen uns für eine solidarische und menschenwürdige Asylpolitik ein. Sie hat allein das Wohl der asylsuchenden Menschen zum Ziel, nicht nationalstaatliche oder wirtschaftliche Interessen. Wir befürworten offenere Grenzen statt der „Festung Europa“ und die freie Wahl des Aufenthaltsortes in der EU. In Deutschland wollen wir die Asylgründe erweitern und die Hürden für eine Aufenthaltserlaubnis senken. Wir wollen menschenwürdige und dezentrale Unterkünfte schaffen und barrierefreien Zugang zu Bildung, Kultur, Sprachkursen und modernen Kommunikationsmedien sicherstellen. Wir wollen keine diskriminierenden Sondergesetze, sondern echte Existenzsicherung, ein faires Asylverfahren, einfachere Behördengänge und das Ende von Abschiebungen und Abschiebehaft.

**ANNE HELM**

NEUKÖLLN, WAHLKREIS 82

**DIE SCHEISS MIETEN SIND ZU HOCH**

SCHORNSTEINFEGER„FLOTTEFRISUR“KAFFEEJUNKIEFREIHEITSTATTANGST

Wir PIRATEN wollen bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen. Wenn Menschen aus ihren Kiezen verdrängt werden, hat das weitreichende negative Folgen. Diese Spirale sozialer Verdrängung (Gentrifizierung) wollen wir aufhalten - durch bessere Planung, umfassende Beteiligung der Betroffenen und dadurch, dass wir soziale Aspekte stärker berücksichtigen. Um vielfältige Kieze zu erhalten, sind alters- und familiengerechter Sozialer Wohnungsbau und verstärkter genossenschaftlicher Wohnungsbau unabdingbar. Wir wollen Modernisierungsumlagen abschaffen und die finanziellen Belastungen durch energetische Sanierungen bei Neuvermietung und Grundmieterhöhung begrenzen. Das Gleichgewicht zwischen Eigentümer- und Mieterinteressen wollen wir durch Stärkung der Mieterrechte wieder herstellen.

**SEBASTIAN VON HOFF**

FRIEDRICHSHAIN/KREUZBERG/PRENZ L'BERG OST, WAHLKREIS 83